

Peter

Sonderausgabe



Mit Irsee nach vorn?

Kritik des SPD-Grundsatzprogrammentwurfs

AG RUNDSCHREIBEN

Bundesverband der Jusos in der SPD · Offenauerstraße 1 · 5300 Bonn 1 · Telefon 532365 · Verantwortlich: Bernhard Groth · 8/87

Eine solche Zeitanalyse könnte dafür Sorge tragen, daß die konkreten Forderungen der Abschnitte sich am Ziel Sozialismus messen müssen und auch Gegner und Widerstände nicht ausspart. Dennoch: Dieser Abschnitt ist wichtig und geht in die richtige Richtung. Manche oberlehrerhafte Kritik: »Die USPD ist unsichtbar gemacht ... Rosa Luxemburg und Paul Levi verwandeln sich unter der Hand zu Anhängern der »Parteidiktatur« (Heidenreich). Peter v. Oertzen weiß das eigentlich besser.« ist unnütz und spinnst Verrätertheorien, wo's darum geht, etwas durchzusetzen: »... weil ich der Verfasser dieses Kapitels bin und meine ursprünglichen Entwürfe sowohl das Element der sozialistischen Zielvorstellung als auch die historische Selbstkritik viel schärfer zum Ausdruck brachten als die von der Kommission schließlich akzeptierte und vom Vorsitzenden (Brändt) höchstpersönlich redigierte Fassung« (v. Oertzen).

Matthias Kollatz

Politik des Friedens: Entspannung und Abrüstung als Programm

Sozialdemokratische Programmaussagen zur Friedenspolitik waren in der Vergangenheit von zumeist sehr grundsätzlichen Erwägungen bestimmt. Solche politischen Überlegungen fehlen in dem neuen Entwurf für ein SPD-Grundsatzprogramm völlig. Das läßt sich wohl nur vor dem Hintergrund der Tatsache erklären, daß die SPD dreizehn Jahre als Regierungspartei die Verantwortung für die Verteidigungs- und Außenpolitik getragen hat. Die — in dem Programmentwurf überhaupt nicht verarbeitete — sozialdemokratische Regierungsbeteiligung war auf dem Gebiet der Friedenspolitik zugleich gekennzeichnet von der zu Beginn entwickelten Entspannungs- und Ostpolitik und von der fast bedingungslosen Integration in die westliche Militärallianz NATO bis hin zur Förderung der verhängnisvollen Rüstung mit Pershing II und Cruise Missiles. Der Programmentwurf reflektiert die von der Mehrheit der Parteimitglieder inzwischen formulierte Ablehnung der Raketenstationierung. Die Kritik an der Militärpolitik von USA und NATO wird als aktuelle politische Vorstellung zur Friedenspolitik aufgegriffen, ohne allerdings die USA wirklich zu benennen, etwa indem sich die SPD ganz allein gegen die Militarisierung des Weltraums ausspricht.

Eine daraus resultierende Eigenart des Irseer Programmentwurfs ist deshalb auch der Verzicht auf eine Analyse der Ursachen der Kriegsgefahr. Der Frieden in der Welt ist bedroht durch eine neue globale Strategie der USA. Als Reaktion auf den gesunkenen Einfluß des amerikanischen Imperialismus, auf die Erfolge der Emanzipationsbewegungen in den unterentwickelten Ländern, auf die gewachsene auch militärische Stärke der UdSSR und der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und nicht zuletzt wegen der verschärften imperialistischen Konkurrenz zu Westeuropa und Japan auf dem Weltmarkt haben die USA mit dem Versuch begonnen, militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR errüsten zu wollen mit dem Ziel, einen Atomkrieg regional begrenzt und siegreich führen zu können. Konventionelle Aufrüstung, neue aggressive Militärstrategien (Airland Battle), atomare Angriffs- und Erstschlagswaffen (MX, Pershing II, Cruise Missiles) und die geplante Weltraumrüstung sind Bestandteile dieses Konzeptes. Obgleich diese Ursachen nicht benannt werden, ist es ein politischer

Agg. x55. d. US-Imp.

Fortschritt, daß sich die SPD gegen die konkreten Vorhaben dieser Politik ausspricht und nicht länger, wie zuletzt als Regierungspartei, den Kurs der USA stützt.

K Fehlt es dem Programm entwurf an politischer Analyse, so auch an einer darauf aufbauenden politischen Strategie zur Überwindung der Kriegsgefahr. Der Programm-entwurf spricht sich aus für eine neue Phase der Entspannungspolitik, für Abrüstungsprozesse und für die schließliche Überwindung der Blöcke als Fernziel. Zugrundegelegt wird dem das Konzept der gemeinsamen Sicherheit. Damit aber fällt der Programm-entwurf hinter die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages zurück, der sich für ein Konzept der »Sicherheitspartnerschaft« ausgesprochen hatte. Der Unterschied ist kein bloß semantischer; er spiegelt genausowenig nur eine politisch folgenlose Rücksichtnahme auf heftige US-amerikanische Kritik am Konzept der Sicherheitspartnerschaft. Denn Sicherheitspartnerschaft zielt auf eine kreative, dynamische Abrüstungs-politik, wohingegen das Konzept der gemeinsamen Sicherheit eines des status quo bleibt. Letzteres geht hinaus über jene »erste Phase« der Entspannungspolitik, die an ihrem konzeptionellen Widerspruch zerbrach, den Abbau politischer Spannungen bei gleichzeitiger Aufrüstung betreiben zu wollen.

Überhaupt entpuppt sich die SPD gerade in dem Kapitel »Die Politik des Friedens« als eine Partei des status quo. Sie behauptet die Notwendigkeit der Mitgliedschaft der BRD in der NATO. Obwohl die Forderung nach einem isolierten Austritt der Bundes-republik aus der NATO falsch und die Überwindung der Militärblöcke in Europa der richtige Weg ist, mutet das NATO-Bekenntnis in einem sozialdemokratischen Grund-satzprogramm doch merkwürdig an. Gleichzeitig wendet sich die Politik objektiv gegen die aggressive Vereinnahmung der NATO durch die neue offensive Militärkon-zeption der USA. Sie anerkennt die nach 1945 in Europa entstandenen Grenzen und fordert eine realistische, entspannungsorientierte Politik gegenüber den Mitglieds-staaten des Warschauer Vertrages. Ganz selbstverständlich geht es der SPD um fried-liche Austragungsformen der Systemkonkurrenz zwischen den kapitalistischen Staa-ten und den Staaten Osteuropas. Aus dem Blickfeld gerät darüber, daß die Überwin-dung der kapitalistischen Ökonomie zu den Zielsetzungen der SPD zählen muß und daß die Erkenntnis, erst eine sozialistische Welt werde dauerhaft den Frieden garan-tieren können, noch heute gilt.

Eine wirksame Strategie zur Überwindung der Kriegsgefahr kann sich gleichwohl er-geben aus Überlegungen, die schon anlässlich des Nürnberger Parteitages zu Anträ-gen führten. Die noch zu konkretisierenden Zielvorstellungen von Sicherheitspartne-rschaft und struktureller Nichtangriffsfähigkeit versuchen, die bisherigen Konzepte mi-litärischer Sicherheit durch einen politischen Friedensbegriff zu ersetzen. Nicht mehr die Balance oder das Übergewicht der Waffen, sondern politische Friedenssicherung soll im Vordergrund stehen. Eine Bundeswehr und ein NATO-Bündnis, die zur militäri-schen Offensive gegen die Staaten des Warschauer Vertrages strukturell nicht in der Lage sind, verlieren ihre die Gegenrüstung provozierende Bedrohlichkeit. Die ge-schichtliche Chance liegt darin, daß inzwischen auch in der Sowjetunion und inner-halb der WVO Diskussionen eingesetzt haben, die gleichfalls auf der Einsicht gründen, daß Frieden und Sicherheit nur politisch gestaltet werden können. Ähnlich wie in der SPD wird darüber debattiert, an Stelle des Abschreckungsgleichgewichts das die Rüstungen reduzierende Ziel der »ausreichenden Sicherheit« zu setzen. — Weil der Programm-entwurf diese Diskussion nicht hinreichend berücksichtigt, fehlt ihm eine

K aktive abrüstungspolitische Komponente, wie sie sich etwa aus der Forderung nach der Begrenzung und dem Abbau des Rüstungshaushalts ergeben könnte. Überhaupt fehlt das notwendige politische Bekenntnis, auch selbständige, alleinverantwortliche Abrüstungsschritte durchführen und der Wille, die Politik der Abschreckung des vor-dergründigen Gleichgewichts zwischen den Militärblöcken überwinden zu wollen. Ohne die auch programmatisch zu erklärende Bereitschaft, mit den USA über die Po-litik der NATO in Konflikt zu gehen, wird es solche Konflikte erst recht nicht tatsächlich geben.

Olaf Scholz